

## **Der Oberste Gerichtshof hat es nicht eilig**

Amira Hass, 17.1.07

Hätte der Verteidigungsminister Amir Peretz mit Taten beweisen wollen, dass er Rassismus für verachtenswert und gefährlich hält – wie man es aus seinen Bemerkungen gegenüber seinem Kollegen, dem Minister für strategische Angelegenheiten Avigdor Lieberman, verstanden hatte – dann hätte er seine Autorität eingesetzt und noch rechtzeitig eine Instruktion zurückgenommen, die vom GOC –Zentralkommandeur Yair Naveh veröffentlicht wurde und an diesem Freitag in Kraft tritt. Er tat es jedoch nicht. So wird es ab 19. Januar 2007 Israelis und Ausländern verboten sein, Palästinenser als Passagiere in ihrem Wagen durch die Westbank mitzunehmen.

Hätte die Bildungsministerin Yuli Tamir wirklich das Bildungsmodell ändern wollen, das im Laufe von 40 Jahren Besetzung im Bildungssystem sich verfestigt hatte, dann hätte sie ihre besondere Position dazu verwendet, um in der Knesset und in der Regierung einen Aufschrei gegen die GOC-Instruktion auszulösen, die das Recht der Palästinenser und Israelis Beziehungen auf freundlicher, familiärer und ideologischer Basis zu entwickeln, untergräbt. Sie hatte genug Zeit dafür – die Instruktion wurde nämlich am 19. November 2006 unterschrieben.

Hätte der stellvertretende Verteidigungsminister Ephraim Sneh, der von der Situation in Hebron geschockt ist und zu der Überzeugung gekommen ist, dass das Gesetz dort nicht effektiv genug ausgeführt wird, wirklich interessiert gewesen wäre – hätte er die Instruktion abblocken können. Sie ist ein weiterer Baustein für die Herrschaft der jüdischen Siedler auf der Westbank. Navehs Instruktion erlaubt nämlich jüdischen Arbeitgebern (hauptsächlich Siedlern und Israelis, die im eigentlichen Israel leben) mit ihren palästinensischen Arbeitern zu fahren. Das gibt eine Vorstellung, auf welche Weise allein eine natürliche Beziehung zwischen einem Palästinenser und einem Israeli oder Juden möglich ist, als Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wären Mitarbeiter der israelischen Medien, die erschrocken vom Anblick der jungen jüdischen Siedlerfrau waren, die ihre palästinensische Nachbarin in Hebron in Herrenvolkart beschimpfte, daran interessiert gewesen, dann hätten sie ihr Entsetzen über Generalmajors Naveh Instruktion beizeiten zum Ausdruck gebracht: denn diese Instruktion macht aus jedem Israeli, der in der Westbank einen palästinensischen Freund in seinem Wagen mitnimmt oder ein Familienmitglied, das nicht ein Verwandter 1.Grades ist, zu einem Kriminellen. Aber die Medien als Ganzes und die Journalistenvereinigung und die Juristen, die auf Medienrecht spezialisiert sind, haben diesen Kampf den Menschenrechtsorganisationen und wenigen einsamen Journalisten überlassen. Hätten die Medien ihre unzähligen Berichte vergessen, die es selbst über das Verhalten der Siedler in Hebron und die militärische Herrschaft dort veröffentlichte. Sie hätten daraus schließen müssen, dass die demographische Trennung, die Navehs neue Instruktion verhängt, ein Ableger derselben Denk- und Handlungsweise ist, die die ethnische Säuberung der Altstadt Hebrons mit sich brachte.

Wäre der Chor des Erschreckens über eine einzige gefilmte Siedlerfrau nicht ein Sache der Einschaltquote gewesen, sonder eher der Ausdruck einer moralischen Haltung der Gesellschaft, dann würde der Oberste Gerichtshof eine Interimorder erlassen haben, um die Erfüllung dieser Order hinauszuzögern. Aber es wurde keine Interimsorder erlassen, obwohl 8

Menschenrechtsorganisationen, vertreten durch Michael Sfard, ihm eine Gelegenheit dazu gegeben haben. Der Richter des Obersten Gerichts Edmond Levy empfand auch nicht die Dringlichkeit dieser Angelegenheit und verschob die Anhörung auf den 12. Februar. Der Gerichtshof hatte es also nicht eilig, weil Navehs Instruktion logisch und nahe liegend war. Der Weg dazu war in den letzten Jahren sorgfältig und nach und nach vorbereitet worden – und zwar mit einer Reihe von Ordnern, Instruktionen und Gesetzen und der Politik der getrennten Straßen und dem Verlauf der Trennungsmauer. Und das immer mit Billigung des Obersten Gerichtshofes.

Die Instruktion stimmt mit anderen Verboten (zu Bewegungseinschränkungen) überein, die Israel den Palästinensern der Westbank und im Gazastreifen auferlegt, also auf demselben Gebiet, auf dem Juden sich unbehindert bewegen dürfen und Wohn-, Wirtschafts- und Handelsrechte haben.

Diese Reiseverbote haben seit Jahren Tausende von Palästinensern in der Westbank daran gehindert, ihre Familien und Freunde im Gazastreifen zu besuchen. So entstanden Tausende von Geschichten von Leuten, denen es nicht erlaubt war, mit ihren Familien im eigenen Haus zu leben, oder sich um die sterbenden Eltern zu kümmern. Sie hindern Studenten daran, ihre gewünschten Studien an anerkannten Bildungseinrichtungen fortzusetzen. Sie verhindern, dass Kranke in ein Krankenhaus, Schwangere in eine Entbindungsstation, Kinder zu ihren Schulen, Arbeiter an ihren Arbeitsplatz kommen.

Diese Verbote haben ein Drittel des Gebietes der Westbank – das Jordantal – in eine Region verwandelt, in der es keine Palästinenser gibt, abgesehen von den 50 000, deren offizielle Adresse im Jordantal ist – wenigstens nach ihrer Identitätskarte.

Die Instruktion, um die es sich hier handelt, ergänzt und vervollkommnet eine andere, die im Oktober 2000 veröffentlicht wurde und die unter dem wohlbekannten Vorwand der Sicherheit den Israelis verbietet die Zone A in der Westbank zu betreten.

Die neue Instruktion ist besonders wirksam, weil sie hauptsächlich Palästinenser gefährdet, die sie missachten. Aus verschiedenen juristischen Gründen wird es schwierig sein, Israelis vor ein ziviles Gericht zu bringen. Die palästinensischen „Kriminellen“ jedoch werden in und vor militärische Gerichte gebracht, auf die Schwarze Liste gesetzt und vom Shin Beth-Sicherheitsdienst verfolgt werden, und sie werden sich schließlich mit 5 Jahren Gefängnisstrafen konfrontiert sehen. Diese Tatsache wird Israelis davon abhalten, gewaltfreien zivilen Ungehorsam zu praktizieren, so wie ihn Mahatma Gandhi und Martin-Luther-King gelehrt haben. Sie werden sich also an die eklatant illegale Order halten. Die Gründer der Apartheid in Südafrika hätten darauf nur stolz sein können.

(dt. Ellen Rohlf)